

11.07.2016

Niederschrift 002/2016

Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität

am 21.06.2016 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Günter Bremerich

Kreistagmitglieder SPD

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

Herr Herbert Ziegenbein

Vertretung für Herrn Rüdiger Haag

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Thomas Semmelmann

Kreistagmitglieder CDU

Herr Dieter Kleinwächter

Herr Olaf Lauschner

Frau Elke Middendorf

Herr Martin Niessner

Frau Gabriele Richter

Vertretung für Herrn Daniel Jasperneite

Vertretung für Herrn Wilfried Feldmann

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Stephanie Schmidt

Frau Anke Schneider

Vertretung für Herrn Jochen Nadolski-Voigt

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Frau Insa Bußmann

Vertretung für Herrn Werner Sell

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Reinhard Schulz

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Andreas Wette

Verwaltung

Frau Sabine Leiße, Leiterin Planung und Mobilität

Herr Hans Zakel, stv. Leiter Planung und Mobilität

Frau Jutta Pauels, Planung und Mobilität

Frau Birgit Heinekamp, Planung und Mobilität
Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 09.06.2016 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 065/16 | Pflegebedarfsplan Kreis Unna 2016 |
| Punkt 3 | 081/16 | Zukunft.Wohnen im Kreis Unna;
Sachstandsbericht |
| Punkt 4 | 077/16 | Radverkehrskonzept Kreis Unna |
| Punkt 5 | 080/16 | Stellungnahme des Kreises Unna zur Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes 2030 |
| Punkt 6 | 079/16 | Novellierung des ÖPNV-Gesetzes NRW;
Sachstandsbericht zum Verfahren |
| Punkt 7 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|--|
| Punkt 8 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--|---|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
|----------------|--|---|

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Erörterung

Herr Bremerich weist einleitend darauf hin, dass auf der Grundlage des im vergangenen Jahr beschlossenen Pflegebedarfsplans eine Ausschreibung der fehlenden Plätze und inzwischen auch entsprechende Vergaben erfolgt seien. Aus diesem Grund gebe es derzeit keinen weiteren Bedarf an Dauerpflegeplätzen im Kreis.

Im Entwurf des Pflegebedarfsplans 2016 sei jedoch, ebenso wie im Vorjahresplan, ein Bedarf an solitären Kurzzeitpflegeplätzen festgestellt worden. Diese Situation habe sich inzwischen noch dadurch verschärft, dass der Caritasverband Lünen-Selm-Werne e.V. angekündigt habe, das Kurzzeitpflegeheim St. Elisabeth in Cappenberg mit 26 Pflegeplätzen aufzugeben. Er gehe davon aus, dass Verwaltung und Politik in der nächsten Zeit den Fokus auf die Verbesserung dieser Situation legen würden, um pflegende Angehörige zu entlasten und so das im Kreis Unna geltenden Prinzip „ambulant vor stationär“ zu stärken.

Herr Zakel führt aus, nachdem die Bedarfe des Pflegebedarfsplanes von 2015 gerade erst bestätigt worden seien, stehe nun aufgrund der gesetzlichen Vorgabe der jährlichen Erstellung schon der Beschluss über den neuen Plan an. Die Erstellung des Plans sei sehr zeitintensiv, nicht zuletzt, weil Detailgespräche in den fachlichen Netzwerken und auch in den politischen Gremien vor Ort geführt werden müssen. Daher beinhalte der Beschlussvorschlag auch den Auftrag an den Landrat, sich beim Landesgesetzgeber für eine Planerstellung im Zwei-Jahres-Rhythmus einzusetzen.

Herr Zakel erläutert sodann anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage 1 dieser Niederschrift) die wesentlichen Inhalte des vorliegenden Planentwurfs. Fazit sei, wie von Herrn Bremerich bereits ausgeführt, dass es derzeit keinen weiteren Bedarf an Pflegeheimplätzen im Kreis gebe. Die durchschnittliche Belegung der Heime liege kreisweit bei 95 Prozent, und es gebe einen Puffer von rund 300 Plätzen, die jederzeit belegbar seien. Aus dem letzten Plan seien insgesamt 385 weitere Plätze gerade bedarfsbestätigt oder bereits im Bau. Es werde rund zwei Jahre dauern, bis auch diese belegt seien. Durch die Neubauten versuche man, bestehende Ungleichgewichte innerhalb des Kreisgebietes bei der Versorgung auszugleichen.

Zur Problematik der solitären, also langfristig geplanten, Kurzzeitpflege führt Herr Zakel aus, dass dies ein sinnvolles Angebot sei, um pflegende Angehörige zu entlasten. Der Bedarf sei grundsätzlich vorhanden, jedoch sei die Finanzierung nicht auskömmlich. Man müsse zudem bedenken, dass die solitären Kurzzeitpflegen in Konkurrenz stünden zu den eingestreuten Kurzzeitpflegen, die die Pflegeheime bei nicht voller Belegung anbieten dürften. Bedauerlicherweise sei nun ein weiterer Träger der solitären Kurzzeitpflege weggebrochen, so dass die im Plan bereits beschriebene problematische Situation weiter erschwert werde. Es sei zu befürchten, so Herr Zakel, dass sich pflegende Angehörige schneller überlastet fühlen könnten, wenn keine ausreichende Zahl an langfristig buchbaren, solitären Kurzzeitpflegeplätzen im Kreis zur Verfügung stehe, und sich in letzter Konsequenz für einen Heimpflegeplatz statt der häuslichen Pflege entscheiden würden.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der als Anlage zur Drucksache 065/16 beigefügte Pflegebedarfsplan 2016 wird beschlossen.
2. Die bedürfnisorientierte, sozialräumliche Strategie des Kreises Unna „ambulant und präventiv vor stationär“ hat sich bewährt.
3. Es besteht aktuell kein Bedarf an weiteren Pflegeheimplätzen zusätzlich zu denjenigen, die sich bereits in der Bauphase befinden bzw. die auf der Basis des Pflegebedarfsplanes 2015 erst vor kurzem nach vorgeschriebenem Ausschreibungsverfahren bedarfsbestätigt wurden.

4. Es besteht dagegen grundsätzlich Bedarf an weiteren solitären Kurzzeitpflegeplätzen, ebenso an weiteren wohnortnahen Tagespflegeplätzen.
5. Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung und beim Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen dafür einzusetzen, dass die Erstellung eines Pflegebedarfsplanes nur alle zwei Jahre erfolgen muss.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 3 081/16 Zukunft.Wohnen im Kreis Unna; Sachstandsbericht

Erörterung

Herr Bremerich führt einleitend aus, dass sich der Ausschuss seit dem Zukunftsdialog 2006 mit dem Thema „Wohnen“ beschäftige. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels sei das Thema ein wesentlicher Aspekt der Entwicklung des Kreises.

Frau Leiße erläutert zu den allgemeinen Rahmenbedingungen, dass der Zuzug aus dem europäischen Ausland seit 2011 auch im Kreis Unna stark zugenommen habe. Zudem verzeichne man aus der Stadt Dortmund einen Zuwanderungsgewinn in der Altersgruppe der 30 bis 50-Jährigen, die in der Regel mit ihren Familien in den Kreis zögen. Wanderungsverluste nach Dortmund gebe es hingegen bei den 18- bis 30-jährigen. Wanderungsgewinne in dieser Altersgruppe kämen wiederum aus dem Märkischen Kreis. Diese Zahlen widersprächen Presseberichterstattungen, wonach Zuzüge nur noch in so genannte „Schwarmstädte“ wie Köln oder Hamburg erfolgten und Bemühungen im ländlichen Raum um Bevölkerungszuwachs vergebens seien. Dies müsse man wesentlich differenzierter betrachten, und es gebe auch für den Kreis Unna durchaus Handlungsmöglichkeiten.

Frau Pauels erläutert die Drucksache und geht auf dabei die Bedeutung des Themenfelds „Wohnen“ auf der lokalen und der regionalen Ebene und entsprechende Handlungsansätze ein, die gemeinsam mit den Städten und Gemeinden im Sinne eines „Werkzeugkoffers“ erarbeitet werden. Dabei gehe es insbesondere um den Erfahrungsaustausch und um die Hilfestellung für Kommunen. Für die nächsten Jahre sei ein intensivierte Datenmonitoring vorgesehen. In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Vermessung und Kataster des Kreises könnten künftig bestimmte Fragestellungen nach Sozialräumen gegliedert kartographisch dargestellt werden. Auf diesem Wege könne auch eine Wohnungsmarktbeobachtung aufgebaut werden als Grundlage zur Entwicklung bestimmter Handlungsansätze.

Frau Pauels stellt sodann verschiedene Informationsportale, Beratungsangebote und Projekte zum Themenfeld „Wohnen“ vor. Auf die ausführliche Darstellung im Sachbericht der Drucksache wird insoweit verwiesen. Die zur Unterstützung ihrer Ausführungen von Frau Pauels gezeigte Powerpoint-Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Herr Bremerich weist abschließend noch einmal darauf hin, dass die von Frau Pauels angesprochenen Informationen und Dokumentationen im Internet auf den Seiten des Kreises (www.kreis-unna.de) unter dem Stichwort „Zukunftsdialog“ zu finden sind.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachstandsbericht „Zukunft.Wohnen im Kreis Unna“ zur Kenntnis.

Punkt 4 077/16 Radverkehrskonzept Kreis Unna

Erörterung

Herr Bremerich erinnert daran, dass der Kreistag des Kreises Unna das Radverkehrskonzept am 26.02.2013 beschlossen habe. Mit dem Bund, dem Land und den Gemeinden seien viele Akteure an der Umsetzung beteiligt. Wie aus den in der Drucksache dargestellten Tabellen hervorgehe, habe sich in den letzten drei Jahren bereits einiges getan. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der erneuten Bewerbung des Kreises Unna um eine Verlängerung der Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. (AGFS) sei das Radverkehrskonzept von besonderer Bedeutung.

Frau Heinekamp erläutert die Drucksache und stellt den Sachstand zur Umsetzung des Radverkehrskonzepts anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage 3 dieser Niederschrift) dar. Eine der Zielsetzungen des Radverkehrskonzeptes sei die Schließung der bestehenden Lücken im Radwegenetz zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden des Kreises gewesen. Es treffe Handlungsempfehlungen für alle Baulastträger. Für die Kreisstraßen sei ein entsprechendes Handlungsprogramm beschlossen worden, den Städten und Gemeinden sowie dem Landesbetrieb als weiteren Baulastträgern wurde die Umsetzung der im Konzept vorgesehenen Maßnahmen nahegelegt. Die Erstellung des Konzeptes sei zudem eine Auflage der AGFS-Prüfkommission im Rahmen der ersten Bewerbung des Kreises um die Mitgliedschaft in der AGFS im Jahr 2010 gewesen, ebenso wie die Qualifizierung der Radwanderwegebeschilderung. Das Konzept sei eingebunden in weitere Strategien und Konzepte, wie zum Beispiel in die Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Unna als Teilziel im Themenfeld „Mobilität“. Zudem sei das Thema „Radverkehr“ kreisweit im Kontext von Klimaschutzplänen, Mobilitäts- und Verkehrskonzepten zu sehen.

Frau Heinekamp stellt sodann den Umsetzungsstand der geplanten Maßnahmen zusammengefasst dar und verweist für die ausführliche Darstellung auf den Sachbericht und die Anlagen der Drucksache. Dadurch, dass Land und Bund an Fördermaßnahmen gebunden seien und die Priorisierung der Maßnahmen durch die Bezirksregierung erfolge, seien nur wenige Maßnahmen dieser Baulastträger kurzfristig umsetzbar. Auf Bezirksregierungsebene werde in der Regel maximal eine Maßnahme pro Jahr durchgeführt. Der Kreis habe demgegenüber im Rahmen seiner Investitionsplanung bis 2019 für jedes Neubauprojekt einer Kreisstraße auch den Bau eines Radwegs vorgesehen.

Der Anteil der Maßnahmen in städtischer Baulast sei im Radverkehrskonzept eher gering. Eine Fördermöglichkeit seien hier die „Bürgerradwege“ als Maßnahmen an Landesstraßen, bei denen die Städte und Gemeinden vorbereitende Tätigkeiten für das Land übernehmen. Dadurch seien einige Maßnahmen schneller umsetzbar.

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Umsetzung des Radverkehrskonzepts Kreis Unna zur Kenntnis.

Punkt 5 080/16 Stellungnahme des Kreises Unna zur Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes 2030

Erörterung

Herr Bremerich kritisiert, dass die vom Kreis Unna befürworteten Ausbaumaßnahmen im Schienenverkehr auf der Strecke Lünen – Münster, mit der Anbindung der Stadt Lünen an den RRX, im Entwurf des Bundesverkehrswegeplanes in der Priorität herabgestuft worden seien und weist darauf hin, dass sich der Kreis in seiner Stellungnahme zu dem Planentwurf vehement gegen diese Herabstufung ausspreche.

Frau Leiße erläutert, dass die Stellungnahme des Kreises mit den Städten Dortmund und Hamm sowie mit der IHK und dem Zweckverband NWL abgestimmt worden sei. Wie von Herrn Bremerich bereits ausgeführt, liege das besondere Augenmerk auf der Bahnstrecke Dortmund - Lünen - Münster. Sie bittet die Ausschussmitglieder, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in den politischen Diskussionen für die Belange des Kreises entsprechend einzusetzen.

Für die CDU-Fraktion bekräftigt Herr Niessner, dass es sich um Maßnahmen von eminenter Bedeutung für den Kreis handele und ruft dazu auf, die politischen Kräfte zu bündeln, um gemeinsam beim Bund etwas zu erreichen.

Frau Schneider erklärt, dass der in der Stellungnahme erwähnte Lückenschluss der A 46 ausdrücklich nicht im Sinne der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Stellungnahme des Kreises Unna zur Aufstellung des Bundesverkehrswegeplanes 2030 zur Kenntnis.

**Punkt 6 079/16 Novellierung des ÖPNV-Gesetzes NRW;
Sachstandsbericht zum Verfahren**

Erörterung

Herr Bremerich erklärt, ein zentraler Kritikpunkt an der für Januar 2018 geplanten Neufassung des ÖPNV-Gesetzes sei nach Auffassung der Vertreter des Kreises in der Verbandversammlung des ZRL, dass die kommunale Selbstverwaltung im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) nicht unerheblich untergraben werde. Daher sollte man aus seiner Sicht versuchen, politisch darauf Einfluss zu nehmen, dass die vorgesehenen Änderungen so nicht umgesetzt werden.

Frau Schneider merkt an, es gebe noch weitere Kritikpunkte, die man an anderer Stelle diskutieren müsse.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Sachstandsbericht zur Novellierung des ÖPNV-Gesetzes zur Kenntnis.

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Ausschusssitzung am 30.08.2016

Frau Leiße kündigt an, dass in der Sitzung des Ausschusses am 30.08.2016 der Westfalentarif Thema sein werde. Unter anderem gehe es auch um die Umwandlung der Tarifgemeinschaft VGM/VRR von einer GbR in eine GmbH.

2. Fortschreibung des Nahverkehrsplans

Frau Leiße führt aus, dass sich derzeit die Städte und Gemeinden mit dem vorliegenden Entwurf zur Fortschreibung des Nahverkehrsplans befassen. Die Frist zur Abgabe der Stellungnahmen ende am 15.07.2016. Aufgrund der derzeit stattfindenden intensiven Diskussionen, insbesondere in Bergkamen, Lünen und Unna, bestehe die Überlegung, über die Planfortschreibung für die sogenannte Nord-Süd-Achse im Herbst im Kreistag zu beschließen, aber die Beschlussfassung für die anderen Bereiche auf

Anfang des kommenden Jahres zu verschieben. Die Linie S 20 bleibe solange unverändert, und man könne in Ruhe über die Verbesserung der bestehenden Situation in den Kommunen diskutieren.

3. Bustransfers in Werne aufgrund der Änderung der Förderschullandschaft

Frau Leißer teilt mit, dass es in Werne aufgrund der Veränderungen in der Förderschullandschaft zu Diskussionen um den Bustransfer zum neuen Förderschulstandort in Lünen gekommen sei. In Gesprächen unter Beteiligung der VKU habe man vereinbart, dass die Schülerinnen und Schüler vom Stadthaus Werne aus mit einem Bus direkt nach Lünen transportiert würden. Der Transfer von umliegenden Orten zum Stadthaus erfolge bei Bedarf mit einem Taxi.

Zielsetzung sei, dass die Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihrer Möglichkeiten während ihrer Schullaufbahn lernten, weitgehend selbstständig den ÖPNV nutzen. Bei Schwierigkeiten sollten Eltern die Möglichkeit bekommen, ihre Kinder anfänglich zu begleiten. Nach den Sommerferien sollten ältere Schülerinnen und Schüler als Schulbusbegleiter ausgebildet werden.

Weitere Mitteilungen der Verwaltung oder Anfragen ergeben sich nicht. Da keine Mitteilungen und Anfragen für den nichtöffentlichen Teil vorliegen, verzichtet Herr Bremerich auf die Herstellung der Nichtöffentlichkeit und schließt die Sitzung.

Anlagen

1. Powerpoint-Präsentation zum Pflegebedarfsplan 2016
2. Powerpoint-Präsentation Zukunft.Wohnen
3. Powerpoint-Präsentation zum Radverkehrskonzept

gez. Silke Schmücker
Schriftführerin

ges. Günter Bremerich
Vorsitzender